

Michael GEHLER

Ao. Univ.-Prof.,

Institut für Zeitgeschichte der Leopold-Franzens Universität Innsbruck

Vom akzidentiellen Dissens zum strukturellen Antagonismus Alte und neue Interessenkonflikte im Verhältnis Europa-USA

Die Geschichte Europas ist älter als die Amerikas, die der Vereinigten Staaten von Amerika ist älter als die der Europäischen Union. Beide Geschichten sind nicht ohne gegenseitige Beeinflussungen vorstellbar. Die Geschichte der amerikanischen Einigung ist also älter als die der europäischen Einigung. Beide Prozesse haben sich wechselseitig beeinflusst.

Die Integration Westeuropas ist ohne die USA und ihre Hilfe zur Selbsthilfe für Westdeutschland (Werner Abelshauser) und ihre Unterstützung für Europa nicht denkbar – so war es über weite Strecken nach Inaugurierung des Marshall-Plans in den Jahren 1947/48.

Das „amerikanische Jahrhundert“ war das 20. Jahrhundert und Europas Niedergang mit Amerikas Aufstieg eng verbunden (Günter Bischof). Aber Westeuropas Wiederaufstieg war mit US-amerikanischer Mithilfe erst ermöglicht worden. Die USA waren militärisch durch ihre Truppenpräsenz und wirtschaftlich mit dem European Recovery Program (ERP) und seiner Distribution zu einem dominierenden Faktor am westlichen Kontinent, ja auch eine europäische Macht bzw. eine Garantiemacht für den westeuropäischen Integrationsprozeß (Tilman Mayer) geworden.

Welche Interessenkonflikte gab es eigentlich zwischen Europäern und Amerikanern? Hier ist hilfreich, zunächst die Gemeinsamkeiten zu erwähnen.

Alte Interessenübereinstimmungen

Übereinstimmungen zwischen Amerikanern und Europäern bestanden in der Niederrichtung der nationalsozialistischen Herrschaft *und* Beseitigung eines politisch-ideologisch übermächtigen Deutschlands, im wirtschaftlichen Wiederaufbau, der Demokratisierung des politischen Lebens Europas, v.a. der Länder der ehemaligen „Achsenmächte“ und ihrer Verbündeten, soweit sie nicht von den Sowjets besetzt worden waren. Übereinstimmung bestand in der Abwehr, Eindämmung und Zurückdrängung kommunistisch-sowjetischer Bedrohungspotentiale, in der Handelsliberalisierung im westeuropäischen (OEEC) und westlich-globalen Rahmen (GATT), dem innereuropäischen Zahlungsausgleich mit der Europäischen Zahlungsunion (EZU), in der Schließung der Dollarlücke und der Konvertibilität der europäischen Währungen (EWA), in der Zusammenarbeit in der OECD, in der Normalisierung der internationalen Beziehungen und im Entspannungsprozeß (KSZE), aber auch in der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses sowie in der Beendigung des Kalten Krieges in Europa.

So gesehen kann von einer weitgehenden Konvergenz der politischen Zielsetzungen der Staaten Westeuropas und den USA gesprochen werden, die v.a. in einer definitiven Lösung der Deutschlandfrage durch Kontrolle und Integration – es ging

den Westen v.a. um die Verhinderung der Neutralisierung Deutschlands, was die Sowjetunion wiederholt vorgeschlagen hatte – und in der Fortsetzung der ökonomischen Integration Westeuropas als Bollwerk des Antikommunismus bestand. Hier enden die Übereinstimmungen, bis die genannten Kernziele erreicht waren und mehr noch als erwartet bewirkt werden konnte: Das Sowjetimperium ist im Zuge des für sie nicht durchzuhaltenden Rüstungswettlaufs zerfallen (1989/90) und zusammengebrochen (1991), und Deutschland einte sich friedlich (1990) – wennes auch an den ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen noch schwer laboriert. Es blieb aber in Westeuropa politisch und wirtschaftlich integriert.

Nicht unwesentlich in den westeuropäisch-amerikanischen Beziehungen im Kontext der sich festigenden Europäischen Gemeinschaft waren wiederholt temporäre Auffassungsunterschiede und punktuelle Konflikte – wie weit diese auch ins Grundsätzliche hineinreichten, wäre noch genauer und systematisch zu erforschen. Für den gesamten Betrachtungszeitraum (1945-1990) lässt sich dies noch nicht bestimmt sagen. Gesichert erscheint, dass die Konflikte nur relativ kurz öffentlich in Erscheinung traten und mit Blick auf die höheren Ziele im Ringen des Kalten Krieges bald wieder zurückgestellt worden sind – Westeuropa und die USA waren in einer Weise im gleichen „camp“, was sie heute nicht mehr sind. In der wechselseitigen Wahrnehmung innerhalb der „transatlantischen Allianz“ waren Konflikte nur kurz an der Oberfläche, lebten aber fort. Um welche handelte es sich?

Alte Interessengegensätze

Die alten Interessengegensätze bestanden teilweise auch im neuen Europa weiter, vermengten sich aber mit neuem Konfliktpotential zu schwerer auflösbaren Gegensätzen. Historisch betrachtet handelte es sich um Fragen der Gestaltung und Forcierung der europäischen Integration bspw. im Zusammenhang mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die an Frankreichs Widerstand scheiterte, das dem Drängen der USA nicht mehr nachgeben wollte; der Art, des Tempos und der Umsetzung des Dekolonialisierungsprozesses (bspw. im Indochinakrieg 1954) und der Aufrechterhaltung kolonialpolitischer Positionen der europäischen Mächte (bspw. in der Suezkrise 1956). Später war es die Streitfrage der Beteiligung der Westeuropäer, v.a. der Bundesdeutschen, am Vietnam-Krieg, aber auch die Teilhabe und Mitwirkung an der Nuklearpolitik (MLF), die in der Infragestellung der nuklearpolitischen Juniorpartnerschaft durch Charles de Gaulle und durch von der NATO losgelöste französische Kommandostrukturen gipfelte.

Divergenzen und Konflikte entstanden auch durch die Forcierung der Abrüstungsgespräche bis hin zur Kontroverse um die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, die v.a. außerhalb EG-Kerneuropas durchaus eine beachtliche Rolle spielte. Hinzu trat später noch der Problemkomplex Embargopolitik und Technologietransfer in Richtung Osten in der letzten Periode des Kalten Krieges unter Führung Ronald Reagans.

Eine These lautet: Diese Meinungsverschiedenheiten zwischen Westeuropäern und Amerikanern artikulierten sich während der verschiedenen Phasen des Kalten Krieges in einem akzidentiellen Dissens, der fall- und zeitweise bestand, aber bereits vorhandene, latente und subkutane Differenzen in Mentalität, Kultur und Wertfragen zum Vorschein brachte, aber rasch wieder aus Gründen der Bündnistreue, Botmäßigkeit und Solidarität in der transatlantischen Allianz überdeckt wurde, aus

der veröffentlichten Diskussion und damit auch weitgehend aus der öffentlichen Meinung verschwand.

Neue Interessengegensätze

Das Jahrzehnt nach dem offiziell verkündeten Ende des Kalten Krieges (1990-2000) – der Ost-West-Konflikt bestand dennoch weiter – brachte alte Dissens wieder zum Vorschein, der inzwischen jedoch Anzeichen eines strukturellen Antagonismus und Ansätze von institutioneller Auseinanderentwicklung bzw. Dichotomien zwischen EG- bzw. EU-Staaten und den USA entwickelt hat. Das hing und hängt mit dreierlei zusammen: Entwicklungen nach 1989/90 in Europa, Entwicklungen in den USA und Entwicklungen in der Welt.

Das (EU-)Europa des Jahres 1999 war ein anderes als das (EG-)Europa von 1989, wo noch die Angst vor einem neuen und wiedererstarkten Deutschland dominierte. Diese Furcht ist aufgrund weiterer Integration Deutschlands durch das Vertragswerk von Maastricht und angesichts der technologisch-ökonomischen Stagnation in der auslaufenden Ära Kohl sowie des Stillstands der deutschen Wachstumslokomotive weitgehend gewichen, so dass sich heute die Frage stellt: was soll aus diesem Deutschland und aus EU-Europa werden? Wie soll bei den herrschenden ökonomischen und finanziellen Verhältnissen die „Osterweiterung“ (ein hässliches Wort, das der historischen Verantwortung nicht gerecht wird) finanziert werden? Für die USA kam nach Fall des Eisernen Vorhangs ein zweiter Marshall-Plan für die Länder Mittel- und Osteuropas (MOE) jedenfalls nicht in Frage, sehr wohl aber die mittel- und langfristig erfolgreich umgesetzte Ostexpansion der NATO.

Der 1993 weitgehend vollendete Binnenmarkt ließ US-Wirtschaftskreise bereits aufhorchen. Mit dem 1994 in kraftgetretenen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) besaß noch das alte Westeuropa den stärksten und produktivsten Weltwirtschaftsraum. *Fair trade* wurde nun amerikanischerseits statt dem bisher verfochtenen Prinzip des *free trade* gefordert – gerade aufgrund der starken Wirtschaftsbeziehungen, handelspolitischen Verflechtungen und transnationalen Unternehmenskooperationen zwischen dem neuen und den alten Kontinent.

In der WTO wurde Europa von den USA anders wahrgenommen als es noch im GATT der Fall war. Waren die USA als „europäische Macht“ mit dem ERP und dem GATT mehr als europäische Macht *in Europa* vertreten, so scheinen sie heute als ehemalige europäische Macht (mit stark reduzierter Truppenpräsenz am Festland) mit der WTO mehr *außerhalb* bzw. *neben* Europa zu stehen. Die 1999 in Kraft getretene Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) war dann für Finanzkreise in den USA das große Alarmsignal. Das Supremat des Dollars, der trotz Währungsturbulenzen in den 70er Jahren sich weitere Weltwirtschaftsräume erobern konnte, um seine Stellung als globale Leitwährung zu festigen, schien gefährdet und seit Einführung des EURO nun sogar egalisiert. Im Rahmen der WTO tobt seit Jahren ein vehementer und erbittert geführter Handelskrieg mit wechselseitigen Klagen, wobei sich beide Seiten nichts schuldig bleiben.

War im Zweiten Golfkrieg (1991) nach dem Übergriff Saddam Husseins auf Kuwait noch weitgehender Konsens zwischen den USA und Europa gegeben, so gab es im Kosovokonflikt und dem einsetzenden Krieg gegen „Rest-Jugoslawien“ (1999) bereits stärkere Irritationen nicht nur zwischen den europäischen, sondern auch zwischen

den transatlantischen Bündnispartnern, die während der Irakkrise (2002/03) und im Irakkrieg (2003) selbst zu Verwerfungen eskalieren sollten. Die NATO stand nur mehr noch auf dem Papier. Ihr Weiterbestand stand zum ersten Mal ernsthaft in Frage. Das unverhohlene Streben der Administration Bush II nach amerikanischer Welthegemonie steigerte die Entfremdung mit dem „alten Europa“.

In Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik lehnen die USA bis heute eine genuin europäische Sicherheitspolitik ab. Sie war zunächst im Rahmen der Westeuropäischen Union (WEU) vorgesehen, die mit dem Vertrag von Maastricht aufgewertet werden sollte, wie auch später eine additive europäische Lösung bzw. eine Verselbständigung der GASP bzw. ESVP neben der NATO von den USA negativ bewertet wird.

Die Frage des „burden sharing“ unter den NATO- und den EU-Staaten wurde angesichts eines neuen internationalen Konfliktpotentials immer dringlicher. Der 11. September 2001 erhöhte die Virulenz der Frage der Lastenteilung, zumal nach dem bereits in Europa politisch schwierig durchsetzbaren Krieg gegen das Taliban-Regime und dem darauf folgenden Afghanistan-Einsatz – ein durchschlagender Erfolg hat sich dort noch nicht eingestellt – von europäischer Seite nicht nur das militärische Vorgehen in außereuropäischen Regionen immer mehr in Zweifel gezogen, sondern v.a. auch nach dem politischen Ziel gefragt und damit auch die entscheidende Zukunftsfrage aufgeworfen wurde.

Der 11. September 2001 bewirkte auch nur eine kurzzeitige europäische Solidarität mit den Opfern der Anschläge und den USA. Die weiteren Folgen brachten mittelfristig die strukturellen Gegensätze zwischen der Mehrheit der EU-Staaten und den Vereinigten Staaten paradigmatisch zum Vorschein und verstärkten sie. Der 11. September wirkte gleichermaßen als Indikator und Katalysator. Seine konstruktivistische Deutung gewann an Gewicht.

Eine genuin europäische Sicherheitspolitik lehnen die USA auch deshalb ab, weil das „burden sharing“ immer komplexer geworden ist und sich nicht nur auf den rein militärischen Bereich reduziert, sondern auch auf Logistik, Nachrichtenwesen, humanitäre Maßnahmen und den Wiederaufbau der Infrastruktur und der zerstörten Gebiete bezieht und damit auch die für die Vereinigten Staaten immer brisanter werdende Frage der kulturellen Integrationsfähigkeit aufwirft.

So sehr die NATO durch ihre Ost- und Südosterweiterung am Kontinent als mögliche Verklammerung Europas einerseits und als vertrauensbildende Maßnahme zwischen den EU- und den Vereinigten Staaten andererseits gesehen werden kann, so sehr hat die anglo-amerikanische Militärintervention im Irak den strukturellen Antagonismus zwischen den USA und der Mehrheit der kontinentaleuropäischen Staaten aufleben lassen.

Im Widerstreit eines historisch verantwortungsbewusst erscheinenden zivilgesellschaftlichen europäischen Multilateralismus und eines sendungsbewusst wirkenden hochrüstungsorientierten US-amerikanischen Unilateralismus, der sich im Dritten Golfkrieg manifestierte, scheint sich *à la longue* möglicherweise im Rahmen der UNO ein eventueller Kompromiß anzudeuten.

Die US-Administrationen kommen und gehen. Bush und seine Leute sind auch nicht die USA. Bei der Beseitigung der Folgen des anglo-amerikanischen Angriffskriegs

und der Wiederherstellung eines weitgehend souveränen Iraks sind die Vereinigten Staaten weit abhängiger von EU-Europa geworden als ihnen lieb sein kann. Sie haben zwar einen militärtechnologischen Sieg errungen, EU-Europa in seiner Mehrheit hatte aber mit seinen Zweifeln an den vorgebrachten Argumenten für den Angriffskrieg und mit seinen Warnungen vor den Folgen Recht.

Die EU wird für die Stabilität in der Golfregion gebraucht, um Frieden dort herzustellen. Wie dies mit den ökonomischen und ressourcenspezifischen Interessen Europas und denen der USA zu vereinen ist, bleibt abzuwarten, ist aber wohl skeptisch zu beurteilen.

Der Irakkonflikt in der sogenannten transatlantischen Allianz scheint nämlich mehr Ausdruck eines strukturellen Antagonismus als der eines akzidentiellen Dissens zu sein. Dieser strukturelle Antagonismus äußert sich in einer außenpolitischen Kluft, die mit einem wachsenden Bewusstsein für eine Wertedifferenz (Achtung der Menschenrechte, Umwelt, Bereitschaft zu internationalen Solidarität, Konfliktprävention durch nicht-interventionistische Militärschläge, Unterwerfung unter supranationale Entscheidungsstrukturen) korreliert. Der strukturelle Antagonismus findet ferner seinen Ausdruck in einer sich steigernden militärtechnologischen Machtasymmetrie die mit einer zunehmenden strategischen Divergenz (PeterRudolf) einhergeht. Durch den suggestiven Dezsionismus von George W. Bush und seines Machtumfelds (Rumsfeld, Wolfowitz u.a.) verstärkte sich dieser Antagonismus.

Es stellt sich die Frage, ob die EU als „verhinderte Weltmacht“ (Werner Weidenfeld) ein möglicherweise drohendes „zweites Vietnam“ im Irak verhindern kann – zu groß sind die wirtschaftlichen und politischen Probleme bereits im eigenen engeren Raum selbst (Stabilitätsanforderungen am Balkan und seine Heranführung an die EU, Befriedung des vereinten Kontinents, Verwestlichung Russlands etc.), v.a. aber wie lange der Zustand der Entfremdung zwischen altem und neuem Kontinent anhalten wird und welche neuen Folgen sich daraus ergeben können. Voraussagen sind hierzu kaum möglich. Das kann auch nicht mehr Aufgabe des Historikers sein.